

Kurzprotokoll der November-/Dezembersession 1998

- [Übersicht](#)
- [Rechenschaftsberichte](#)
- [Planungsvorlage](#)
- [Rechtsetzung](#)
- [Wahlen](#)
- [Eintritte](#)
- [Rücktritte](#)
- [Motionen](#)
- [Postulate](#)
- [Interpellationen](#)
- [Einzelinitiative](#)

Übersicht

Am Montagnachmittag und am Dienstag, dem 23. und 24. November, und am Montag und Dienstag, dem 30. November und 1. Dezember 1998, fand unter dem Vorsitz von Rosie Bitterli Mucha eine Session des Grossen Rates statt. Der zweite Sitzungstag wurde mit einem ökumenischen Gottesdienst in der Lukaskirche in Luzern eröffnet.

Hauptgeschäfte der Session waren der Abschluss der 1. Beratung des Volksschulbildungsgesetzes und die Genehmigung des Zwischenberichts zu den Projekten Wirkungsorientierte Verwaltung (WOV) und Leistungsorientierte Spitäler (LOS). In 1. Beratung hiess der Rat weitere Änderungen des Gesetzes über die Schlichtungsbehörde für Miete und Pacht, des Stimmrechtsgesetzes und des Gesetzes über die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV gut. Er genehmigte ferner die Vereinigung von zwei Bürgergemeinden mit ihren Einwohnergemeinden, den Staatsverwaltungsbericht 1996/97 und die Rechenschaftsberichte des Obergerichts und des Verwaltungsgerichts über die Jahre 1996 und 1997. Schliesslich bestellte er zwei Spezialkommissionen zur Vorberatung von drei Gesetzesänderungen.

Der Rat vereidigte im Weiteren ein neues Ratsmitglied und wählte für den Rest der Amtsdauer 1995–1999 seinen Präsidenten, seinen Vizepräsidenten, die Stimmzählerinnen und Stimmzähler, den Schulheissen und den Statthalter. Er wählte zudem den Präsidenten und den Vizepräsidenten des Obergerichts, die Präsidentin und die beiden Vizepräsidenten des Verwaltungsgerichts sowie ein neues Mitglied einer Spezialkommission. Ferner behandelte der Grosse Rat 16 parlamentarische Vorstösse und ein Begnadigungsgesuch (Begnadigungskommission unter dem Vorsitz von Konrad Vogel, Horw). Eröffnet wurde der Eingang von 17 parlamentarischen Vorstössen sowie der Rückzug von 2 Vorstössen.

Von den 73 traktandierten Geschäften wurden 16 abtraktandiert sowie 2 Botschaften und 20 parlamentarische Vorstösse nicht behandelt.

Rechenschaftsberichte

Staatsverwaltung. Der Staatsverwaltungsbericht 1996/97 gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 9. Juni 1998 wurde beraten (Geschäftsprüfungskommission unter dem Vorsitz von Hans Lustenberger, Adligenswil) und genehmigt. Auf Antrag der Kommission wurden 19 beim Regierungsrat hängige

Motionen und 117 hängige Postulate als erledigt oder als unerfüllbar abgeschrieben.

Obergericht und Verwaltungsgericht. Die Rechenschaftsberichte des Obergerichts und des Verwaltungsgerichts über die Jahre 1996 und 1997 wurden beraten (Geschäftsprüfungskommission) und genehmigt.

Planungsvorlage

Zwischenbericht WOV/LOS. Der Entwurf eines Zwischenberichts zu den Projekten Wirkungsorientierte Verwaltung (WOV) und Leistungsorientierte Spitäler (LOS) gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 13. Oktober 1998 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 46 vom 14. November 1998, S. 2813) wurde behandelt (Spezialkommission WOV/LOS unter dem Vorsitz von Hubert Steiner, Lieli) und ohne Gegenstimme genehmigt. Der dazugehörige Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die Verlängerung der Genehmigung des WOV/LOS-Versuchs wurde ebenfalls ohne Gegenstimme gutgeheissen (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 49 vom 5. Dezember 1998, S. 2976). Die mit dem Versuch zusammenhängenden Entwürfe von Änderungen des Grossratsgesetzes und der Geschäftsordnung für den Grossen Rat über die Schaffung einer Geschäftsleitung und eines Kommissionendienstes für den Rat gemäss derselben Botschaft des Regierungsrates vom 13. Oktober 1998 wurden in 1. Beratung behandelt und gutgeheissen. Das Beratungsergebnis wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz: Irmgard Amrein-Gapp, Sursee) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorberatende Kommission gewiesen.

Rechtsetzung

Erziehungsgesetz. Zum Entwurf einer Totalrevision des Erziehungsgesetzes gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 21. November 1997 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 49 vom 6. Dezember 1997, S. 3231) wurde die in der Septembersession begonnene 1. Beratung des Volksschulbildungsgesetzes abgeschlossen (Kommission unter dem Vorsitz von Ruth Fuchs, Schwarzenberg) und gutgeheissen. Das neue Rahmengesetz soll sechs verschiedene Bereichsgesetze umfassen. Davon liegen dem Grossen Rat das Gesetz über die Volksschulbildung, das Gesetz über die Gymnasialbildung und das Gesetz über die Berufs- und die Erwachsenenbildung im Entwurf vor. Mit dem Volksschulbildungsgesetz soll künftig unter anderem die Höhe der Staatsbeiträge an die Gemeinden statt nach der Anzahl der Abteilungen (Beitrag an die Lehrerbesoldungen) nach der Anzahl der Schülerinnen und Schüler bemessen und der Besuch des Kindergartens obligatorisch werden. Das Beratungsergebnis wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz: Irmgard Amrein-Gapp, Sursee) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorberatende Kommission gewiesen.

Schlichtungsbehörde für Miete und Pacht. Der Entwurf einer Änderung des Gesetzes über die Schlichtungsbehörde für Miete und Pacht (GSMP) gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 7. Juli 1998 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 35 vom 29. August 1998, S. 2119) wurde in 1. Beratung behandelt (Kommission unter dem Vorsitz von Josef Schnüriger, Kriens) und gutgeheissen. Durch die Gesetzesänderung erhielt der Regierungsrat die Kompetenz, die Mitgliederzahl der Schlichtungsbehörde für Miete und Pacht künftig innerhalb einer Minimal- und einer Maximalzahl von sechs bis zehn nach Bedarf festzulegen. Das Beratungsergebnis wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz: Irmgard Amrein-Gapp, Sursee) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorberatende Kommission gewiesen.

Stimmrechtsgesetz. Der Entwurf einer Änderung des Stimmrechtsgesetzes gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 25. August 1998 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 36 vom 5. September 1998) wurde in 1. Beratung behandelt (Kommission unter dem Vorsitz von Josef Schnüriger, Kriens) und gutgeheissen. Laut der Gesetzesänderung müssen ab 2001 alle 107 Luzerner Gemeinden einheitliche, anonyme Rücksendeküverts für die briefliche Stimmabgabe verwenden. Das Beratungsergebnis wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz: Irmgard Amrein-Gapp, Sursee) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorberatende Kommission gewiesen.

Ergänzungsleistungen zur AHV/IV. Der Entwurf einer Änderung des Gesetzes über die

Ergänzungsleistungen zur AHV/IV gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 22. September 1998 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 41 vom 10. Oktober 1998, S. 2491) wurde in 1. Beratung behandelt (Kommission unter dem Vorsitz von Fritz Bösiger, Ufhusen) und gutgeheissen. Mit der Gesetzesänderung soll das kantonale Recht an die geänderten Bestimmungen des Bundes angepasst werden, welche gemäss der dritten Revision des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung seit dem 1. Januar 1998 in Kraft sind. Das Beratungsergebnis wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz: Irmgard Amrein-Gapp, Sursee) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorberatende Kommission gewiesen.

Bürger- und Einwohnergemeinde Sursee. Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die Genehmigung der Vereinigung der Bürgergemeinde Sursee mit ihrer Einwohnergemeinde gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 18. August 1998 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 39 vom 26. September 1998, S. 2371) wurde behandelt (Petitionskommission unter dem Vorsitz von Alex Bruckert, Luzern) und gutgeheissen.

Bürger- und Einwohnergemeinde Hergiswil. Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die Genehmigung der Vereinigung der Bürgergemeinde Hergiswil mit ihrer Einwohnergemeinde gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 3. November 1998 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 47 vom 21. November 1998, S. 2861) wurde behandelt (Petitionskommission unter dem Vorsitz von Alex Bruckert, Luzern) und gutgeheissen.

Ersatzmitglieder an Amtsgerichten. Zur Vorberatung des Entwurfs einer Änderung des Gesetzes über die Gerichtsorganisation gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 13. Oktober 1998 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 46 vom 14. November 1998, S. 2814) wurde eine Kommission mit 21 Mitgliedern unter dem Vorsitz von Alex Bruckert, Luzern, bestellt. Die gleiche Kommission wurde auch mit der Vorberatung der unten stehenden Änderung des Grundbuchgesetzes betraut.

Grundbuchgesetz. Zur Vorberatung des Entwurfs einer Änderung des Grundbuchgesetzes und damit zusammenhängender Erlassänderungen gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 27. Oktober 1998 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 46 vom 14. November 1998, S. 2814) wurde eine Kommission mit 21 Mitgliedern unter dem Vorsitz von Alex Bruckert, Luzern, bestellt. Die gleiche Kommission wurde auch mit der Vorberatung der oben stehenden Änderung des Gesetzes über die Gerichtsorganisation betraut.

Entschädigung der Parlamentsarbeit. Zur Vorberatung von Entwürfen von Änderungen des Grossratsgesetzes und des Grossratsbeschlusses über die Entschädigung der Mitglieder und der Fraktionen des Grossen Rates gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 3. November 1998 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 47 vom 21. November 1998, S. 2861) wurde eine Kommission mit 21 Mitgliedern unter dem Vorsitz von Alfred Elmiger, Altwis, bestellt.

Wahlen

Grosser Rat. Für den Rest der Amtsdauer 1995–1999 wurden gewählt

- zum Grossratspräsidenten Ruedi Lustenberger, CVP, Romoos,
- zum Vizepräsidenten Ruedy Scheidegger, LPL, Dagmersellen,
- zu Stimmezählern Fritz Bösiger, LPL, Ufhusen, Josef Ineichen, SVP, Hohenrain, und Alois Zimmermann, CVP, Dierikon,
- zum Stimmezähler-Stellvertreter Peter Beutler, SP, Meggen, und zur Stimmezähler-Stellvertreterin Verena Kleeb, GB, Ebersecken

Regierungsrat. Für den Rest der Amtsdauer 1995–1999 wurden gewählt

- Regierungsrat Kurt Meyer, Vorsteher des Finanzdepartementes, zum Schultheissen,
- Regierungsrat Max Pfister, Vorsteher des Baudepartementes, zum Statthalter.

Obergericht. Für die Jahre 1999 und 2000 wurden gewählt

- Oberrichter Stephan Wey, Sursee, zum Präsidenten des Obergerichts,
- Oberrichter Rolf Ineichen, Emmen, zum Vizepräsidenten des Obergerichts

Verwaltungsgericht. Für die Jahre 1999 und 2000 wurden gewählt

- Verwaltungsrichterin Turtè Baer-Derungs, Meggen, zur Präsidentin des Verwaltungsgerichts,
- Verwaltungsrichter Andreas Korner, Luzern, zum Vizepräsidenten des Verwaltungsgerichts,
- Verwaltungsrichter Edi Wüest, Rothenburg, zum Vizepräsidenten des Verwaltungsgerichts.

Spezialkommission WOV/LOS. An die Stelle des aus der Kommission zurückgetretenen Urs Kneubühler, Schötz, wählte der Rat Bernadette Schaller, Alberswil, als neues Mitglied der Spezialkommission WOV/LOS.

Eintritt

Grosser Rat. An die Stelle des aus dem Rat zurückgetretenen Mitglieds Michael Grüninger, Littau, trat Daniela Kiener Spring, Kriens, als neues Mitglied in den Rat ein.

Rücktritte

Grosser Rat. Bekannt gegeben wurde der Rücktritt aus dem Rat von Michael Grüninger, Littau, auf den 25. November 1998.

Spezialkommission WOV/LOS. Bekannt gegeben wurde der Rücktritt von Kommissionsmitglied Urs Kneubühler, Schötz, per sofort.

Motionen

Erheblich erklärt wurde die Motion M 607 von Hans Lustenberger, Adligenswil, namens der Geschäftsprüfungskommission über die Änderung der §§ 4 und 63 des Gesetzes über das Gesundheitswesen (Gesundheitsgesetz).

Teilweise erheblich erklärt wurden die Motionen

- M 106 von Robert Zemp, Dagmersellen, über eine Härtefallregelung bei der Eigenmietwertbesteuerung,
- M 507 von Hanspeter Birrer, Luthern, über die Änderung von § 19bis Absatz 2 des Steuergesetzes (Eigenmietwertbesteuerung),
- M 397 von Louis Schelbert, Luzern, über eine sozialere Ausgestaltung der Steuerskala,
- M 309 von Franz Müller, Luzern, über eine wirksame steuerliche Entlastung der für den Unterhalt von Kindern Verantwortlichen,

- M 415 von Edi Frei, Hitzkirch, über die Anpassung der Sozialabzüge im Steuergesetz,
- M 458 von Pius Höltschi, Aesch, über die steuerliche Befreiung der elterlichen Zuschüsse für Studierende,
- M 93 von Albert Vitali, Oberkirch, über die Erhöhung der Abzüge für Versicherungsbeiträge bei den Steuerveranlagungen,
- M 234 von Martin Müller, Luzern, über die Gewährung von Steuerabzügen für Gebühren nach Verursacherprinzip

Abgelehnt wurden die Motionen

- M 561 von Odilo Abgottspon, Luzern, über die Änderung von § 23 Absatz 2 Ziffer 1 des Steuergesetzes,
- M 119 von Othmar Sigrist, Geuensee, über steuerliche Erleichterungen zugunsten von Benützern des öffentlichen Verkehrs,
- M 455 von Prisca Birrer, Rothenburg, über eine Standesinitiative über die Einführung einer Kapitalgewinnsteuer,
- M 446 von Peter Beutler, Meggen, über die Einführung einer Kapitalgewinnsteuer

Zurückgezogen wurde die Motion M 390 von Martin Schällebaum, Luzern, über eine vertikale Gliederung von Gemeinden.

Postulate

Abgelehnt wurde das Postulat P 419 von Marianne Moser, Hochdorf, über die Besteuerung der Krankenkassen-Prämienverbilligung.

Zurückgezogen wurde das Postulat P 226 von Odilo Abgottspon, Luzern, über die Änderung der Eigenmietwertverordnung.

Interpellation

Schriftlich beantwortet wurde die Interpellation I 447 von Albert Vitali, Oberkirch, über die Einführung des neuen Steuergesetzes.

Einzelinitiative

Zugestimmt wurde der Einsetzung einer Spezialkommission zur Vorberatung der Einzelinitiative EI 530 von Louis Schelbert, Luzern, über eine Standesinitiative zur Aufhebung der Eigenmietwert-Besteuerung bei gleichzeitiger Aufhebung der Abzugsfähigkeit von Schuldzinsen.